

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung* im Überblick

1 KEINE ARMUT 	Armut in allen ihren Formen und überall beenden	2 KEIN HUNGER 	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN 	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	4 HOCHWERTIGE BILDUNG 	Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern
5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT 	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen	6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN 	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE 	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM 	Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR 	Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen	10 WENIGER UNGLEICHHEITEN 	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN 	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten	12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION 	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ 	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	14 LEBEN UNTER WASSER 	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15 LEBEN AN LAND 	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der Biodiversität ein Ende setzen	16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN 	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE 	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen	ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG 17 ZIELE, DIE UNSERE WELT VERÄNDERN	

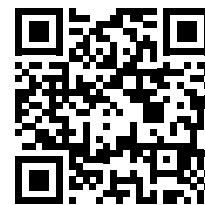
*SDGs = Sustainable Development Goals

1 KEINE ARMUT



Ziel 1: Keine Armut

Armut in allen ihren Formen und überall beenden



Kein Mensch soll arm sein

Wenn man kein Geld hat, dann heißt das: Armut. Es soll keine Armut mehr geben. Alle Menschen sollen genug Geld haben.

Aktuelle Lage

Oberstes Ziel in der Agenda 2030 ist die Bekämpfung der Armut. Dabei geht es zum einen um die Überwindung extremer Armut (Menschen haben weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag zum Leben), zum anderen soll die Anzahl derer, die in jeglicher Form von Armut leben, halbiert werden, d. h. alle Menschen sollen ihre Grundbedürfnisse decken können: Sie erhalten Essen, Kleidung, Unterkunft, sauberes Trinkwasser, ärztliche Versorgung, Bildung, Kultur und soziale Teilhabe.

In den vergangenen Jahrzehnten waren kleine Fortschritte in der Armutsbekämpfung sichtbar. Schon vor der Covid-19 Pandemie haben trotzdem noch mindestens 46 Prozent der Weltbevölkerung in Einkommensarmut gelebt. Allein im Pandemie-Jahr 2020 ist die Zahl derjenigen, die in extremer Armut leben, um 71 Millionen Menschen angestiegen.

Die Weltbank schätzte 2024, dass durch die Nachwirkungen der Pandemie, aber vor allem die vielen Kriege weltweit (u. a. im Sudan, in der Ukraine und in Gaza) 1,1 Milliarden Menschen in extremer Armut leben. Frauen und Kinder sind besonders von Armut betroffen, Frauen auch von Altersarmut.

Eine zentrale Zielvorgabe ist die Einführung und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme, um Armut nicht nur zu überwinden, sondern auch nachhaltig zur Verhinderung von Armut beizutragen. Der Zugang zu sozialer Sicherung ist nicht nur ein politisches Ziel, sondern auch ein Menschenrecht. Vor allem einkommensschwache Länder müssen bei der Erweiterung und Verbesserung ihrer sozialen Sicherungssysteme Unterstützung bekommen.

Situation in Deutschland

In Deutschland hat sich die Armutssituation seit 2015 nicht deutlich verbessert. 2024 war noch immer jede fünfte Person von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dasselbe gilt für Minderjährige, wobei besonders Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in Familien mit vielen Geschwistern und mit Migrationserfahrung betroffen sind.

In Deutschland gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens besitzt. Als alleinstehende Person bedeutet das, dass man weniger als 1.378 Euro im Monat zur Verfügung hat. Etwa jede siebte Person ist armutsgefährdet, was besonders alleinerziehende Elternteile betrifft. Arbeitslose, Menschen mit internationaler Geschichte, alte und kranke Menschen haben ebenso ein höheres Risiko unter Armut zu leiden. Da Armut stark vom Elternhaus abhängt, prägen auch Verluste oder Profite während des Nationalsozialismus noch die finanzielle Situation von Familien in Deutschland.

Armut hat viele Facetten: Menschen können sich kein ausgewogenes Essen oder keinen Urlaub leisten, haben keine Waschmaschine oder kein Auto zur Verfügung und/oder können ihre Miete nicht fristgerecht bezahlen (erhebliche materielle und soziale Entbehrung).

Unterziele



Extreme Armut beenden



Gleiche Rechte auf Besitz, grundlegende Dienstleistungen, Technologie und wirtschaftliche Ressourcen



Soziale Schutzsysteme implementieren



Ressourcen mobilisieren, um Programme zur Beendigung der Armut umzusetzen



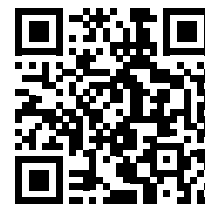
Armutsorientierte und geschlechter-sensible politische Rahmenbedingungen schaffen

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



Ziel 3: Gesundheit und Wohlergehen

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern



Alle Menschen sollen gesund und glücklich sein

Alle Menschen sollen gesund sein. Dann können junge und alte Menschen gut leben. Alle Menschen sollen glücklich sein.

Aktuelle Lage

Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit. Der Gesundheitszustand, die Lebensqualität und die Lebenserwartung werden nicht nur von der medizinischen Versorgung, sondern auch von ökonomischen Faktoren und den sozialen und ökologischen Lebensumständen beeinflusst. Kriege haben einen stark negativen Effekt auf den Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung von Menschen. Der Zugang zu Medikamenten, sauberem Wasser und Strom ist teilweise auch in Krankenhäusern stark eingeschränkt. In vielen Ländern ist der Gesundheitssektor grundsätzlich unterfinanziert und die Patient*innen müssen ihre medizinische Behandlung und Medikamente überwiegend bar aus eigener Tasche bezahlen. Dadurch können viele Menschen bei Krankheiten nicht gut versorgt werden.

Die Covid-19 Pandemie hat die globale Gesundheitssituation und -versorgung immens beeinträchtigt. Bis Mitte 2025 gab es weltweit 778 Millionen offiziell bestätigte Coronafälle und knapp sieben Millionen offiziell bestätigte Tote. Weltweit lag die Zahl der Neuinfektionen mit dem HI-Virus im Jahr 2023 bei 1,3 Millionen. Unbehandelt führt eine HIV-Infektion zu einer Erkrankung an AIDS. Die Zahl der Neuinfektionen und der Todesfälle aufgrund einer HIV-Infektion sind global rückläufig, wobei erstere im Nahen Osten und Nordafrika stark zugenommen hat. Mit weltweit 39,9 Millionen Erkrankten wurde ein neuer Höchststand erreicht. Auch die Zahl der Malariafälle ist 2023 auf ca. 263 Millionen gestiegen. 76 Prozent der Malaria-Todesfälle auf dem afrikanischen Kontinent betreffen Kinder unter 5 Jahren.

Viele Krankheiten werden auch durch Luftverschmutzung durch den Verkehr, die Industrie und die Verbrennung von Abfällen ausgelöst. Auch schlechte Wasser-, Hygiene- und Sanitärbedingungen beeinträchtigen die Gesundheit von Menschen weltweit. Psychische Erkrankungen haben stark zugenommen. Laut WHO leben weltweit 970 Millionen Menschen mit einer psychischen Störung, darunter vor allem mit Angststörungen und Depression. In Konfliktgebieten ist außerdem die post-traumatische Belastungsstörung verbreitet.

Situation in Deutschland

Die Gesundheitsversorgung in Deutschland ist im europäischen Vergleich sehr gut, allerdings unter großer Arbeitsbelastung des Personals. Eine große Herausforderung ist der Fachkräftemangel, insbesondere bei Pflegekräften und in ländlichen Regionen, während gleichzeitig der Bedarf in der alternden Gesellschaft steigt. Während der Covid-19 Pandemie steigerte sich dieser Missstand noch.

Psychische Erkrankungen nehmen, wie auch weltweit, zu und wurden durch die Covid-19 Pandemie verstärkt. Erwachsene, Kinder und Jugendliche leiden vermehrt unter Depression und Angstzuständen. Auch Diskriminierung wie Rassismus zu erfahren, erhöht psychische Belastungen. Fast die Hälfte aller Erwachsenen ist übergewichtig, wodurch sich das Risiko auf Diabetes und Bluthochdruck erhöht.

Unterziele



Reduzierung der Müttersterblichkeit



Ende aller vermeidbaren Todesfälle von Kindern unter 5 Jahren



Reduzierung der Sterblichkeit durch nichtübertragbare Krankheiten und Förderung der psychischen Gesundheit



Erreichen einer universellen Gesundheitsversorgung



Reduzierung von Erkrankungen und Todesfällen aufgrund von gefährlichen Chemikalien und Umweltverschmutzung

4 HOCHWERTIGE BILDUNG



Ziel 4: Hochwertige Bildung

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern



Alle Menschen sollen gut lernen können

Alle Menschen dürfen lernen. Das nennt man Bildung. Es ist wichtig, dass die Bildung für alle gleich gut ist. Man kann immer etwas Neues lernen, egal wie alt man ist. Wir müssen uns darum kümmern, dass es Bildungs-Angebote für alle gibt.

Aktuelle Lage

Das Recht auf Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Bildung befähigt Menschen, ihre politische, soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation zu verbessern. Doch weltweit kann etwa jedes sechste Kind keine Schule besuchen. Besonders Kinder, die in Armut leben, sind betroffen, da ihnen das Geld für Unterricht und Schulmaterialien fehlt oder sie für Lohn arbeiten müssen. Manchmal gibt es auch keine Schule in der Nähe. Für die betroffenen Kinder bedeutet das, dass sie nur über wenig Wissen verfügen und oft weder lesen, schreiben noch rechnen lernen. Dadurch haben sie später nur geringe Jobchancen, was ihre Armut weiter verfestigt.

Weltweit fehlt es an 25 Prozent aller Grundschulen an Strom, Trinkwasser und einfachen Sanitäranlagen, und die Hälfte aller Grundschulen hat keinen Zugang zu Computern oder Internet. Die Covid-19 Pandemie hat Bildungserfolge der letzten 20 Jahre aufgehoben. Laut UN war 2020 ein „Katastrophenjahr für die Bildung“: 1,6 Milliarden Schulkinder weltweit waren von Schulschließungen betroffen, meist ohne digitalen Ersatz. Die UNESCO schätzt, dass 2021 weltweit 24 Millionen Kinder aufgrund der Pandemie die Schule abgebrochen haben. Viele Familien können sich die Ausbildung ihrer Kinder finanziell nicht mehr leisten oder benötigen sie für die Arbeit zu Hause. Zudem erschweren Umweltkatastrophen, Gewalt und Kriege Millionen von Kindern den Zugang zu Bildung. Für Mädchen und Frauen, Menschen in Armut, Indigene, religiöse, ethnische und sprachliche Minderheiten und Menschen mit Behinderungen ist der Zugang zu Bildung besonders erschwert.

Wenn nicht massiv gegengesteuert wird, wird nur eines von sechs Ländern das Ziel bis 2030 verwirklichen. Es bedarf einer Transformation der Bildungssysteme und der Aufstockung öffentlicher Bildungsfinanzierung.

Situation in Deutschland

In Deutschland herrscht ein hoher Bildungsstand in der Bevölkerung. 2022 hatten 26,1 Millionen Menschen einen (Fach-)Hochschulabschluss. Dennoch waren 2023 etwa 7 Prozent der Jugendlichen frühe Schulabgänger*innen, die ein erhöhtes Risiko haben, arbeitslos zu werden, wenig zu verdienen und zukünftig in Armut zu leben. Diesem Risiko sind auch 6,2 Millionen Menschen in Deutschland ausgesetzt, die von funktionalem Analphabetismus betroffen sind. Betroffene können zwar einzelne Sätze lesen und schreiben, aber keine zusammenhängenden Texte.

Das nachhaltige Entwicklungsziel, allen Menschen Zugang zu Bildung zu ermöglichen, ist in Deutschland noch nicht erreicht. Trotz kostenfreiem Zugang schafft es das deutsche Bildungssystem weit weniger als andere Länder, junge Menschen aus schwierigeren sozialen Verhältnissen, mit Behinderung oder aus Familien mit internationaler Geschichte zu Schulerfolgen zu führen. Laut einer Studie der Universität Mannheim werden Kinder und Jugendliche mit internationaler Geschichte in der Schule eher schlechter bewertet und erleben Diskriminierung. Diese Barrieren verringern ihre Chancen auf gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze.

Unterziele



Kostenlose Grund- und Sekundarschulbildung



Aufbau und Ausbau inklusiver und sicherer Schulen



Beseitigung aller Diskriminierungen im Bildungswesen



Allgemeine Alphabetisierung und Rechenfähigkeit



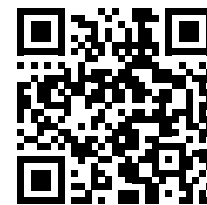
Bildung für nachhaltige Entwicklung und Weltbürgerschaft

5 GESCHLECHTER- GLEICHHEIT



Ziel 5: Geschlechtergleichheit

Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen



Alle Geschlechter sind gleich gut und wichtig

Mädchen und Frauen sind gleich gut und wichtig wie Jungs und Männer. Alle haben die gleichen Rechte. Mädchen und Frauen können selbst bestimmen, was sie wollen und was ihnen wichtig ist. Die Gleichstellung für nichtbinäre, trans*, inter* und agender Personen ist bislang nicht Teil von Ziel 5.

Aktuelle Lage

Noch existiert in keinem Land Geschlechtergleichheit. Frauen und Mädchen sind nach wie vor unverhältnismäßig stark von geschlechtsbedingten Ungerechtigkeiten betroffen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist allerdings Grundvoraussetzung für die Verwirklichung aller 17 Ziele. Erforderlich sind geschlechtergerechte Politiken, Gesetze und Institutionen.

Gewalt gegen Frauen, Lesben, inter-, nicht binäre, trans- und agender Personen (FLINTA) ist weltweit verbreitet und betrifft alle Altersgruppen. Während der Covid-19-Pandemie nahm die Gewalt gegen FLINTA weiter zu. Fast jede dritte Frau war bereits Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt, oft durch den eigenen Intimpartner. Weibliche Genitalverstümmelung bleibt in 32 Ländern verbreitet, und Millionen Mädchen werden zwangsverheiratet. In einigen Ländern haben Frauen keinen rechtlichen Schutz, da es keine Gesetze gegen Diskriminierung oder Gewalt gegen Frauen gibt.

Frauen verbringen dreimal so viel Zeit wie Männer damit, Kinder oder alte Menschen zu betreuen und die Hausarbeit zu erledigen. Durch diese unbezahlte Arbeit bleibt weniger Zeit für Lohnarbeit und Bildung. So verlieren Frauen oft ihre Selbstständigkeit und sind finanziell von anderen Menschen abhängig – ein Trend, der sich durch die Covid-19-Pandemie noch verstärkt hat.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen würde es beim jetzigen Tempo 140 Jahre dauern, bis Frauen auf der Führungsebene von Unternehmen in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind und 286 Jahre, um die rechtliche Diskriminierung von Frauen zu überwinden. Migrantische, behinderte, trans*, Schwarze, muslimische, jüdische, Frauen of Color und Frauen in Kriegsgebieten sind mehrfach diskriminiert.

Situation in Deutschland

Auch in Deutschland ist Gewalt gegen FLINTA ein Problem. Durchschnittlich alle drei Tage wird eine Frau von ihrem (Ex-) Partner ermordet. Zwei Drittel aller Frauen haben schon mindestens einmal sexuelle Belästigung erlebt. Frauen mit Behinderung sind zwei- bis dreimal häufiger von sexueller Gewalt betroffen als Frauen ohne Behinderungen. 2024 hat die Polizei durchschnittlich fast fünf queerfeindliche Straftaten pro Tag registriert.

Oft leiden Frauen im Alltag unter Benachteiligungen. Besonders für Mütter ist es schwieriger eine Arbeit zu finden. Häufig verdienen sie auch weniger als ihre männlichen Kollegen sowie Kolleginnen ohne Kind. Obwohl Frauen genauso häufig studieren und genauso hoch qualifiziert sind wie Männer, ist nur etwas weniger als jede dritte Führungsposition von Frauen besetzt und nur jede 67. von einer Frau mit Migrationsgeschichte. Frauen sind weniger in Arbeit, seltener in Führungspositionen und verdienen, auch bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation, weniger als Männer. Innerhalb der EU ist Deutschland beim *Gender Pay Gap* (Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen) eines der Schlusslichter. Noch erschreckender ist der Unterschied im Bezug von Rente: Der *Gender Pension Gap* lag 2024 bei 37 Prozent.

Unterziele



Beendigung von Diskriminierung gegenüber Frauen und Mädchen



Beendigung jeglicher Gewalt gegen und Ausbeutung von Frauen und Mädchen



Anerkennung unbezahlter Fürsorgearbeit und Förderung geteilter häuslicher Verantwortung



Sicherstellung vollständiger Teilhabe an Führungspositionen und Entscheidungsprozessen



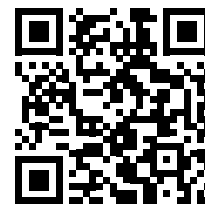
Gleiches Recht auf wirtschaftliche Ressourcen, Eigentum und Finanzdienstleistungen

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS- WACHSTUM



Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern



Gute Arbeit, die für alle gut ist

Alle Menschen sollen eine gute Arbeit haben. Der Arbeitsplatz soll gut und gerecht für die Menschen sein. Die Menschen sollen genug Geld für die Arbeit bekommen, Geld für Essen und zum Wohnen. Dann geht es den Menschen gut. Und dann geht es auch den Ländern gut. Es soll immer besser werden für die Menschen und Länder.

Aktuelle Lage

Zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit für alle gehört eine gerechte und menschenwürdige Entlohnung, die es Menschen und ihren Familien erlaubt, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Doch weltweit lebten 2024 21,4 Prozent aller Erwerbstätigen in extremer Armut. 58 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in informellen Beschäftigungsverhältnissen und sind meist nicht sozialversichert (kein Arbeitslosengeld, keine Krankenversicherung).

Teil des Ziels ist es, den Anteil junger Menschen zu verringern, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen. 2023 waren das weltweit 269 Millionen junge Menschen, wobei junge Frauen mehr als doppelt so häufig betroffen waren als junge Männer.

Noch immer leben rund 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei, 27,6 Millionen davon befinden sich in Zwangsarbeit, zu großen Teilen Migrant*innen, Frauen und 3,3 Millionen Kinder. 2025 sind weltweit rund 138 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen. Kinder verrichten oftmals Tätigkeiten in umweltschädlichen Sektoren, wodurch ihre körperliche und geistige Entwicklung stark geschädigt wird. In den letzten Jahren hat die Zahl arbeitender Kinder sogar wieder zugenommen. Von den weltweit knapp 10,9 Millionen Frauen in Zwangsarbeit werden 4,9 Millionen zu Prostitution gezwungen.

Auch in Industrienationen sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, verdienen weniger und sind seltener in Führungspositionen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen würde es beim jetzigen Tempo 140 Jahre dauern, bis Frauen auf der Führungsebene von Unternehmen in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind.

Situation in Deutschland

Selbst in einem reichen Land wie Deutschland können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben. 2024 befanden sich 6,5 Prozent aller Erwerbstätigen mit ihrem Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze, also mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettolohns. 17,2 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten befristet, geringfügig, in Teilzeit unter 20 Wochenstunden oder in Leih- oder Zeitarbeit. Viele von ihnen müssen mit Bürgergeld „aufstocken“, um ihre Grundbedürfnisse decken zu können. Frauen in Deutschland arbeiten eher in Teilzeit und geringfügig als Männer, dabei doppelt so häufig mit dem Grund, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen, verdienen auf einem geringeren Einkommensniveau und sind schlechter sozial abgesichert.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland 2025 auf dem fünften Platz mit einer geringen Jugendarbeitslosigkeit von 3,6 Prozent, wobei Spanien mit 10,9 Prozent das Schlusslicht ist. Bis 2027 soll der Mindestlohn auf 14,60 Euro pro Stunde steigen.

Deutschland hat mit rund 1,7 Millionen unbesetzten Fachkräften einen großen Fachkräftemangel, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, IT, Handwerk und Bildung.

Unterziele



Unterstützung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und von wachsenden Unternehmen



Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit mit gleicher Bezahlung



Förderung von Jugendbeschäftigung, Bildung und Ausbildung



Beendigung von moderner Sklaverei, Menschenhandel und Kinderarbeit



Schutz der Arbeitsrechte und Förderung sicherer Arbeitsumgebungen

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN



Ziel 10: Weniger Ungleichheiten

Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern



Es soll allen gleich gut gehen

Einigen Menschen und Ländern geht es sehr gut. Anderen Menschen und Ländern geht es schlecht. Das soll sich ändern. Es soll allen gleich gut gehen. Kein Mensch soll schlechter leben als andere Menschen. Kein Land soll schlechter sein als andere Länder.

Aktuelle Lage

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, was heißt, dass wir alle die gleichen Rechte haben und die gleichen Chancen haben sollten, etwa beim Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe. Vielen Menschen bleibt dies jedoch verwehrt, wie z. B. die prekäre Lage vieler Millionen Migrant*innen weltweit zeigt. Migration kann als Ausdruck globaler Ungleichheit verstanden werden. 2023 gab es mehr Flüchtlinge und migrationsbedingte Todesfälle als je zuvor seit der Datenerhebung. Rassismus und Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen verstärken Ungleichheit.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist nach der Covid-19 Pandemie, in Zeiten fortlaufender Kriege im Sudan, Kongo, in der Ukraine, in Gaza, Hungersnöten und der Klimakrise extrem. Fast 300 Millionen Menschen weltweit leiden an akuter Ernährungsunsicherheit, während die reichsten 1,5 Prozent der Menschen 47,5 Prozent des gesamten weltweiten Vermögens besitzen. In den USA hat die aktuelle Regierung unter Donald Trump die amerikanische Entwicklungsbehörde USAID abgeschafft.

Neben der Bekämpfung von Armut und Hunger bedarf es der Förderung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Inklusion für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Stimmen und Bedürfnisse marginalisierter Gemeinschaften müssen gestärkt werden, damit alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Herkunft oder sozialem und wirtschaftlichem Status gleiche Möglichkeiten haben.

Situation in Deutschland

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und die Preise für Mieten und Lebenshaltung steigen rasant. Die reichsten zehn Prozent besitzen nach konservativen Schätzungen rund 60 Prozent des Gesamtvermögens. Fast 13 Prozent der Miethaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung.

Hass, Hetze und Gewalt gegen benachteiligte Bevölkerungsgruppen nehmen stark zu. Die gemeldeten Vorfälle 2024 sind besorgniserregend: Rechtsextreme begingen 41.406 Straftaten, darunter 1.443 Gewalttaten. Antisemitische Vorfälle in Deutschland stiegen auf 8.626, vor allem im Zusammenhang israelbezogenem Antisemitismus. 3.080 Vorfälle von anti-muslimischem Rassismus wurden gemeldet, vor allem gegen Frauen*, in der Öffentlichkeit und im Bildungsbereich. Von 1.600 Vorfällen von Rassismus gegen Sinti* und Rom* wurden 313 im Bildungsbereich durch Mitschüler*innen und Lehrer*innen registriert. Die Polizei hat 1.765 Straftaten gegen Lesben und Schwule und 1.152 gegen trans*, inter* und nicht-binäre Menschen registriert. Diskriminierung hat viele Gesichter und bedroht Menschenleben, Gesundheit, Bildung, Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unterziele



Reduzierung von Einkommensungleichheiten



Förderung allgemeiner sozialer, wirtschaftlicher und politischer Integration



Gleiche Chancen sicherstellen und Diskriminierung beenden



Einführung von fiskal- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung



Förderung von Entwicklungshilfe und Investitionen für die am wenigsten entwickelten Länder



Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen



Wir dürfen nur gute Waren kaufen

Wir kaufen viele Waren. Aber viele Sachen werfen wir dann in den Müll. So müssen Fabriken immer mehr Waren machen. Das ist oft schlecht für die Umwelt und für die arbeitenden Menschen in den Fabriken. Wir dürfen nur gute Waren kaufen. Dann werfen wir auch weniger in den Müll.

Aktuelle Lage

Braunkohle, Öl, Holz, Obst, Gemüse und Getreide – für den weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt brauchen wir immer mehr Ressourcen. Seit dem Jahr 2000 hat sich der Rohstoffbedarf zur Herstellung unserer gewünschten Produkte fast verdoppelt. Ein tiefgreifender Wandel unserer Produktions- und Konsumpraktiken ist dringend notwendig: weg von einer „Wegwerf-Kultur“ hin zu einer Kreislaufwirtschaft, in der weniger verschwendet und mehr wiederverwendet wird.

Seit 1970 hat sich der weltweite Konsum materieller Güter mehr als verdreifacht, v.a. in Ländern mit hohem Einkommen, wo der materielle Fußabdruck pro Kopf 10-mal höher ist als in Ländern mit geringem Einkommen. 2022 fielen 1,05 Milliarden Tonnen Lebensmittelabfälle an, während 783 Millionen Menschen hungerten.

Jährlich werden weltweit mehr als 400 Millionen Tonnen Plastik produziert. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Plastikproduktion fast verdoppelt, während nur 9 Prozent davon recycelt werden. Auch der Elektroschrott stieg 2022 auf 62 Millionen Tonnen, wovon nur kleine Anteile recycelt werden. Noch immer wird 82 Prozent der weltweiten Energie durch fossile Brennstoffe erzeugt und der Energiebedarf steigt.

2024 hatte die Welt am 1. August bereits die Ressourcen aufgebraucht, die das Ökosystem unserer Erde innerhalb eines Jahres herstellen kann (Earth Overshoot Day).

Situation in Deutschland

Die Bevölkerung Deutschlands verbraucht das Dreifache der nach Nachhaltigkeitskriterien verfügbaren natürlichen Ressourcen. 2025 war der Earth Over Shoot Day für Deutschland am 2. Mai. Privathaushalte waren 2022 für 58 Prozent der insgesamt 10,8 Tonnen weggeworfenen Lebensmittel verantwortlich, das waren 75 kg pro Person. Neben persönlichem Verhalten spielen politische Entscheidungen eine große Rolle: Im Pakt gegen Lebensmittelverschwendung haben sich 2023 14 Unternehmen verpflichtet, diese bis 2030 zu halbieren und noch verzehrfähige Lebensmittel zu spenden.

Deutschland exportiert am meisten Plastikmüll in der EU, oft in Länder mit laxen Umweltauflagen, was Böden und Wasser mit giftigen Substanzen belastet und beim Verbrennen zu Gesundheitsrisiken führt. Auch die Weltmeere sind stark gefährdet. Umweltsiegel wie der „Blaue Engel“, können helfen, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen. Auch Verbraucher*innen in Industrieländern haben durch den Kauf regionaler, ökologischer und fair gehandelter Produkte großen Einfluss auf globale Produktionsketten.

Unterziele



Nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen



Halbierung der globalen Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf



Umweltverträglicher Umgang mit Chemikalien und Abfällen



Sicherstellung eines allgemeinen Verständnisses für nachhaltige Lebensweisen



Unterstützung der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten in Entwicklungsländern für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen



Wir müssen das Klima schützen

Das Klima verändert sich. Darum gibt es oft schlimmes Wetter. Viele Menschen und Tiere haben Probleme und können nicht gut leben. Wir müssen das Klima schützen. Damit alle Menschen und Tiere gut leben können.

Aktuelle Lage

Der Klimawandel hat tiefgreifende Folgen für unseren Planeten: Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und tropische Wirbelstürme bringen das Leben von Millionen von Menschen durcheinander und verursachen wirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe. Die Klimakrise verstärkt Armut, Hunger und Konflikte weltweit: Klimabedingte Katastrophen zerstören Häuser und Ernten und zwingen Menschen zur Flucht – bis 2050 könnte es über 140 Millionen Klimageflüchtete geben. In besonders gefährdeten Regionen ist die Sterblichkeitsrate durch Katastrophen 170 Prozent höher.

Zwar gab es in der Erdgeschichte schon immer Klimaveränderungen, doch die aktuelle Erwärmung ist menschengemacht und verläuft schneller als je zuvor. Seit Beginn der Industrialisierung stieg die Temperatur um 1,6°C durch Treibhausgase wie CO₂ und Methan, die durch Energiegewinnung, Industrie, Landwirtschaft und andere menschliche Aktivitäten in die Erdatmosphäre gelangen. Damit wurde die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Grenze von 1,5 Grad im Jahr 2024 erstmals überschritten. Die G-20-Staaten sind für 80 Prozent der Emissionen verantwortlich, während Menschen in den ärmsten Ländern des geopolitischen Südens, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, am stärksten direkt von ihren Auswirkungen betroffen sind. Der UN-Nachhaltigkeitsbericht zeigt: Die bisherigen Klima-Aktionspläne sind unzureichend, und die Klimafinanzierungsziele der Industrieländer wurden nicht erreicht. Wir müssen dringend handeln.

Situation in Deutschland

Extremwetterereignisse wie Hitze und Überschwemmungen haben sich in Deutschland in den letzten 50 Jahren verdreifacht. Der Sommer 2024 war in Europa der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. 12 der wärmsten Jahre in Deutschland liegen in den vergangenen 20 Jahren – mit 2023 an der Spitze. Die Durchschnittstemperatur stieg um 1,4°C, was heiße, trockene Sommer und milde, nasse Winter mit sich bringt. Dies beeinflusst die Sterberaten und führt zu Ernteausfällen durch Dürren und Starkregen. Der steigende Meeresspiegel bedroht die Küsten der Nord- und Ostsee, die Waldbrandgefahr wächst, und Schädlinge wie der Borkenkäfer breiten sich aus. Gesundheitsrisiken durch Ausbreitung von Infektionskrankheiten aus wärmeren Regionen steigen ebenfalls.

Die Pro-Kopf-CO₂-Emission in Deutschland ist fast doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Deutschland gehört zu den zehn größten CO₂-Emittenten weltweit. 2024 wurde das Klimaschutzgesetz verabschiedet, was tiefgreifende Veränderungen in Energie, Wirtschaft und Gesellschaft erfordert. Deutschland soll bis 2045 treibhausgasneutral sein.

Unterziele



Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an klimabedingte Katastrophen



Integration von Massnahmen gegen den Klimawandel in Politik und Planung



Verbesserung von Wissen und Kapazitäten zur Bewältigung des Klimawandels



Umsetzung des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen



Förderung von Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten

15 LEBEN
AN LAND



Ziel 15: Leben an Land

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der Biodiversität ein Ende setzen



Wir müssen Wälder und Böden schützen

Wir nehmen vieles aus der Natur, wie Holz, Getreide und Früchte. Wenn wir zu viel entnehmen, leidet die Natur, und Ressourcen könnten knapp werden. Durch intensive Landwirtschaft verschlechtert sich der Boden, was zur Wüstenbildung führen kann. Deshalb ist es wichtig, Wälder und Böden zu schützen.

Aktuelle Lage

Biologische Vielfalt und gesunde Ökosysteme sind essenziell für unser Leben: Mangroven schützen Küsten vor Flut, Insekten bestäuben Pflanzen, und Regenwälder wandeln CO₂ in Sauerstoff um.

Doch durch intensive Landwirtschaft und den Klimawandel haben sich die Hälfte der Ökosysteme verschlechtert. Weltweit gingen 2024 6,37 Millionen Hektar Wald verloren, davon 96 Prozent in den Tropen. Vor allem Landwirtschaft, Straßenbau, Brände und kommerzielles Holzfällen treiben die Zerstörung an. 47.187 Tier- und Pflanzenarten (41 Prozent der Amphibien, 27 Prozent der Säugetiere, 12 Prozent der Vogelarten und 44 % der Korallenriffe) sind vom Aussterben bedroht. Wüstenbildung und Bodendegradation bedrohen immer mehr die Nahrungssicherheit und den Lebensraum von Menschen weltweit. Ein Drittel der fruchtbaren Landfläche ist bereits verloren, wodurch Ernteerträge weltweit stark zurückgehen und die globale Nahrungsmittelversorgung gefährdet ist. Hungersnöte stehen also in direktem Zusammenhang mit unserem Konsumverhalten, wir gefährden unser eigenes Überleben.

Durch das Eindringen des Menschen in die natürlichen Lebensräume der Tiere entstehen zudem immer mehr Infektionskrankheiten, die sich von wildlebenden Tieren auf den Menschen übertragen. Diese sog. Zoonosen, zu denen auch das Corona-Virus gehört, machen über 75 Prozent der neuen Infektionskrankheiten aus.

Um diesen wachsenden Bedrohungen für Mensch und Umwelt entgegenzuwirken, wurde im Dezember 2022 das Abkommen „Globaler Biodiversitätsrahmen“ beschlossen, das u.a. vorsieht, 30 Prozent der Land- und Meeresflächen bis 2030 unter Schutz zu stellen. Dabei muss beachtet werden, dass reiche Länder die Hauptlast der Umsetzung nicht auf ärmere Länder abwälzen.

Situation in Deutschland

Fast die Hälfte der Flächen in Deutschland wird landwirtschaftlich genutzt. Intensivere Bewirtschaftung und Produktionssteigerungen belasten die Umwelt stark. Täglich gehen etwa 73 Fußballfelder an Verkehr und Siedlungsbau verloren. Schwere Maschinen beschädigen Böden, was zu Erosion und Verlust der Bodenfruchtbarkeit führt. Düngemittel gefährden Boden und Grundwasser, und die geringe Artenvielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen reduziert Lebensräume für Tiere. Besonders das Insektensterben ist alarmierend: 96 Prozent der Arten sind betroffen, was auch die Bestäubung von Pflanzen beeinträchtigt und die Anzahl der Feldvögel um 40 Prozent schrumpfen ließ. Im Jahr 2024 vernichteten 563 Brände rund 334 Hektar Waldfläche. 80 Prozent der Fichten, Kiefern, Buchen und Eichen sind krank.

Die deutsche Bevölkerung ist durch ihre Produktions- und Konsumweise mitverantwortlich für die globale Waldzerstörung, v.a. durch die Nachfrage nach Futtermitteln, Fleisch, Bau- und Energieholz sowie Papier. Soja-, Rindfleisch- und Palmölproduktion verursachen 80 Prozent der tropischen Regenwaldabholzung.

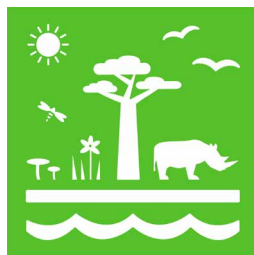
Unterziele



Land- und Süßwasserökosysteme erhalten und wiederherstellen



Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen



Schutz von Biodiversität und natürlichen Lebensräumen



Ressourcen mobilisieren, um Programme zur Beendigung der Armut umzusetzen

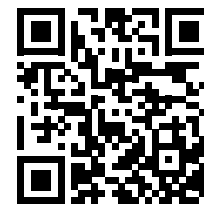


Verhinderung invasiver, gebietsfremder Arten



Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen



Alle Menschen können gut zusammenleben

Es soll friedlich und gerecht in den Ländern sein. Dann können alle Menschen gut zusammenleben. Die Behörden und Ämter müssen sich darum kümmern. Zum Beispiel das Sozialamt, die Polizei oder das Gericht. Die Behörden und Ämter müssen gute Arbeit für alle Menschen machen und immer sagen, „warum sie ihre Arbeit wie gemacht haben“.

Aktuelle Lage

Frieden, Sicherheit und stabile Rechtssysteme sind entscheidend für nachhaltige Entwicklung. Zur Halbzeit der Agenda 2030 wurde jedoch klar, dass kriegsrische Konflikte, Militärausgaben und autoritäre Regime zunehmen. Schwache Institutionen, mangelnde demokratische Teilhabe und eingeschränkter Zugang zu Rechtsstaatlichkeit gefährden die Erreichung der Ziele.

Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Justiz, Informationen und anderen Grundfreiheiten und sind von Gewalt und Krieg bedroht. In 50 Ländern herrschen aktive Konflikte. Ende 2024 lebten 473 Millionen Kinder in Kriegsgebieten. Der Nahostkonflikt ist nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden grenzüberschreitenden Krieg eskaliert. Der Gazastreifen steckt in einer humanitären Krise. 75.000 Palästinenser*innen sind bis Januar 2025 umgekommen, 500.000 sind von einer Hungersnot betroffen. Von den 251 Geiseln befinden sich seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 im Juli 2025 noch 49 im Gazastreifen. In der Ukraine sind durch den russischen Angriffskrieg mehr als 13.000 Zivilist*innen gestorben. 7,7 Millionen Ukrainer*innen sind innerhalb Europas geflüchtet. 2024 gelten 1,5 Prozent der Weltbevölkerung als vertrieben oder auf der Flucht. Der Krieg im Sudan hat zur größten Vertreibungskrise der Welt geführt.

Kriminalitätsraten sind in vielen Teilen der Welt hoch. Die Rate der Todesopfer pro 100.000 Menschen ist in Lateinamerika und der Karibik durch organisiertes Verbrechen und Gangs weltweit am höchsten. Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und Gewerkschafter*innen riskieren in manchen Ländern, vor allem in Konfliktregionen, ihr Leben. Durch die Korruption staatlicher Stellen wie Polizei und Politiker*innen gehen jährlich nicht nur Billionen US-Dollar verloren, sondern auch Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

Situation in Deutschland

Deutschland gilt als eines der sichersten Länder der Welt, dennoch gibt es auch hier Korruption und Versagen in der staatlichen Verwaltung. Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine effektive Kontrolle staatlicher Institutionen durch legitimierte Gremien sind hier ebenso wichtig wie freie Presse und Berichterstattung.

Auch Kriminalität ist ein Thema in Deutschland. Im Jahr 2024 lag die Anzahl der polizeilich registrierten Straftaten bei insgesamt über 5,83 Millionen. Der Großteil davon entfällt auf Diebstahl und Betrug, die Mordrate ist mit 0,1 Prozent dagegen gering. Die Gewaltkriminalität von Kindern und Jugendlichen sowie sexualisierte Gewalt sind angestiegen.

Kriege und Konflikte beeinflussen auch Deutschland. So suchen zum Beispiel Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, Eritrea oder der Ukraine Schutz in Deutschland, zudem beschäftigen die Kriege in der Ukraine und in Nahost die deutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig gehört Deutschland zu den fünf größten Waffenexporteuren weltweit und profitiert somit auch von globalen Konflikten.

Unterziele



Alle Formen von Gewalt verringern



Förderung von Rechtsstaatlichkeit und gleichberechtigtem Zugang zur Justiz



Aufbau von leistungsfähigen, rechenschaftspflichtigen und transparenten Institutionen



Gewährleistung von öffentlichem Zugang zu Informationen und Schutz der Grundfreiheiten



Förderung und Durchsetzung nicht-diskriminierende Gesetze und Politik

17 PARTNER- SCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen



Die Länder müssen zusammenarbeiten

Die Länder brauchen Geld, um diese Ziele zu erreichen. Und die Länder müssen mehr zusammenarbeiten. Dann können wir etwas dafür tun, dass die Dinge auf der Welt besser werden.

Aktuelle Lage

Gegenseitige Unterstützung durch globale und lokale Partnerschaften treibt eine nachhaltige Entwicklung voran. Durch eine UN-Resolution von 2022 ist es zum Beispiel gelungen, die internationale Steuerkooperation zu stärken. Die Halbbilanz der Agenda 2030 zeigt jedoch, dass die Regierungen mit der Umsetzung aller Nachhaltigkeitsziele im Rückstand sind und es noch keine ausreichend verbindliche internationale Zusammenarbeit gibt.

Dies liegt v. a. daran, dass seit 2015 in keinem Jahr ausreichend Mittel mobilisiert wurden. Die wohlhabenden Länder haben statt der geplanten 0,7 Prozent bisher ca. 0,36 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung zur Verfügung gestellt. Deswegen fordert der UN-Generalsekretär für die zweite Halbzeit ein „SDG-Konjunkturpaket“ im Umfang von 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Das Hauptziel dieses Pakets ist es, die finanzielle Spaltung von Nord und Süd auf den Finanzmärkten zu überwinden. Alle Länder sollen durch öffentliche Entwicklungsbanken in die Lage versetzt werden, in Bereiche wie erneuerbare Energien, soziale Sicherung oder den Ausbau ihrer Bildungs- und Gesundheitssysteme zu investieren. Ein Schock ereilte im Januar 2025 die Welt, als in den USA, dem bisher größten Geber, per Präsidentenerlass mehr als 80 Prozent der Entwicklungshilfeprogramme gestrichen wurden.

Außerdem müssen dringend die internationale Klimafinanzierung aufgestockt und neue Schuldenkrisen der Länder verhindert werden. Gerade angesichts geopolitischer Spannungen und dem Wiederaufleben von Nationalismus müssen wir gemeinschaftlich dafür sorgen, den internationalen Zusammenhalt zu stärken. Im Juni/Juli 2025 fand die vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Sevilla statt. Dort blieb der große Wurf jedoch aus. Im Abschlussdokument wurde ein jährliches Defizit von 4 Billionen US-Dollar pro Jahr festgestellt, um die Ziele zu erreichen.

Situation in Deutschland

Deutschland zählt zu einer der wichtigsten Industrienationen und setzt sich international für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ein. Fairer Handel, sozialer Zusammenhalt und der Wissens- und Technologietransfer sind Teil der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit 35 Milliarden Euro war Deutschland 2024 wieder in absoluten Zahlen der zweitgrößte Geber weltweit, nach den USA. Die Ausgaben betrafen finanzielle und technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe sowie Beiträge für Entwicklungszusammenarbeit. Dadurch trägt Deutschland dazu bei, weltweit Armut und Notlagen zu mindern und Frieden zu sichern, außerdem wird die Globalisierung gerechter gestaltet und die Umwelt geschützt. Mit der neuen Regierung soll der Entwicklungsetat um mehr als 900 Millionen Euro sinken, steigen dagegen sollen die Zuschüsse zum Internationalen Klima- und Umweltschutz.

Unterziele



Einhaltung aller Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe



Investitionen in die am wenigsten entwickelten Länder



Wissensaustausch und Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation



Ausbau der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung



Förderung wirksamer Partnerschaften